

Position Martin Häusling zur GAP-Abstimmung im Agrarausschuss

Die drei Gesetzestexte zur gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) sind Anfang April 2019 im Agrarausschuss zur Abstimmung gestellt worden. Das sind die **Rechtstexte zu Änderungen des Gesetzes zur Gemeinsamen Marktordnung**, der Gesetzestext zu den **Strategieplänen** sowie der **Gesetzestext zur Finanzierung (horizontalen Verordnung)**.

Besonders im Fokus steht die Verordnung zu den **Strategieplänen**, die Regelungen zu Direktzahlungen (Hektarprämie/Basiseinkommen) und zur Entwicklung der ländlichen Räume enthält.

Schon der Kommissionvorschlag war ein großer Schritt weg von einer gemeinsamen europäischen Agrarpolitik hin zu einer Renationalisierung. Die Mehrheit der Abgeordneten im Agrarausschuss hat mit ihren Änderungsanträgen diese nationale Ausrichtung noch stark verstärkt. Darüber hinaus hat sich die Mehrheit der Abgeordneten im Agrarausschuss gegen sämtliche Willensbekundungen der Bürger in der Konsultation von 2017 und trotz vielfältiger Forderungen zur Erneuerung der Agrarpolitik von wissenschaftlicher Seite, gegen die Stärkung von Klima- und Umweltmaßnahmen ausgesprochen. Diese Form rückwärtsgewandter Ignoranz schockiert uns Grüne. Daher haben wir geschlossen gegen den Bericht zu den Strategieplänen gestimmt.

Wir stehen am Ende der 8. Legislaturperiode und eine Plenarabstimmung wird vor der Europawahl nicht mehr erfolgen. Das neu gewählte Parlament hätte daher die Möglichkeit, Ausschussberichte, wie die legislativen Texte zur GAP, in der kommenden Legislaturperiode noch einmal zu verbessern. Wir Grüne werden uns für eine Öffnung der Berichte und für Änderung dieses inakzeptablen Ergebnisses einsetzen.

Folgende Kernpunkte wurden in den Verordnungstext zu den Strategieplänen gestimmt

Agrarausschuss:

Ein sehr niedriges Budget für die *Eco-schemes* (ökologische Zusatzleistungen) von lediglich 20% der Basisprämien je Mitgliedstaat. Der Mitgliedstaat darf die Maßnahmen festlegen und für die Betriebe sind sie freiwillig.

Grüne Position:

Wir Grüne haben ausdifferenzierte und verbindliche Maßnahmen vorgeschlagen, was nicht aufgegriffen wurde. Die Mitgliedstaaten haben nun sehr freien Handlungsspielraum und können auch schwache oder fragwürdige Maßnahmen in Sachen Klimaschutz fördern.

Wir Grüne fordern, dass stufenweise alle Gelder im Agrarbereich für nachhaltige Maßnahmen und für Umwelt-, Klima-, Tierschutz und den Schutz der Biodiversität ausgegeben werden. Keines der Nachhaltigkeitsziele darf ein anderes Ziel untergraben. Das Abstimmungsergebnis des Agrarausschusses ist für uns nicht tragbar. Wir streiten weiter für die konsequente Neuausrichtung der europäischen Agrarpolitik auf eine europaweit nachhaltige Produktion, die sowohl eine gesunde Ernährung sichert als auch flächendeckend hohen Umwelt-, Klima- und Tierschutzstandards genügt und die Biodiversität fördert. Europaweit einheitliche Programme zu Investitionen in artgerechte Stallbauten oder eine humusaufbauende Bewirtschaftung gehören, wie auch Bienenschutzprogramme zum Maßnahmenkatalog, den wir für absolut notwendig erachten und

vorgeschlagen haben. Der Ökolandbau ist nachweislich das aktuell nachhaltigste Produktionssystem in Europa. Er muss DAS europäische Leitbild für eine nachhaltige Landwirtschaft werden.

Agrarausschuss:

Erhebliche Schwächung vieler Elemente der von der Kommission vorgeschlagenen Konditionalität (Konditionalität = Ersatz von „Cross Compliance“ = verbindliche gesetzliche Mindestanforderung für den Erhalt von Direktzahlungen). Ehemalige Greening-Komponenten sollen als gesetzlicher Mindeststandard gelten, allerdings stark abgeschwächt: Erhalt von Dauergrünland erst nach 7 Jahren statt wie heute nach 5 Jahren. Das bedeutet, viele Grünlandflächen könnten sofort in Ackerland umgewandelt werden. Keinerlei Mindestanteil an ökologischen Vorrangflächen (öVF) pro Betrieb, stattdessen soll jeder Mitgliedstaat einen eigenen Vorschlag zum Anteil der ökologischen Vorrangflächen pro Betrieb vorbringen (heute sind 5% öVF je Betrieb vorgeschrieben). Der Einsatz von Pestiziden auf ökologischen Vorrangflächen soll wieder möglich werden.

Grüne Position:

Wir brauchen eine starke und verbindliche Konditionalität, die in allen Mitgliedstaaten zu hohen Standards führt. Der Vorschlag des Agrarausschusses ist komplett inakzeptabel. Das von vielen Seiten als ohnehin nicht ausreichend bewertete Greening hier noch bis zur Unkenntlichkeit zu verstümmeln, zeugt von völliger Ignoranz gegenüber sämtlichen wissenschaftlichen Stellungnahmen zum Greening und den in ihnen als notwendig geforderten Umweltmaßnahmen.

Agrarausschuss:

Von der S&D Fraktion mitgetragen (!) sollen nun mindestens 60% der Zahlungen in Zukunft rein hektarbasiert und völlig unqualifiziert erfolgen. Diese Position steht nicht nur im Widerspruch zu den Forderungen der EU-Zivilgesellschaft und vieler Wissenschaftler sowie des Europäischen Rechnungshofes an die GAP in Bezug auf Umwelt- und insbesondere Klimaprobleme, sie würde die neue GAP noch weniger ambitioniert gestalten als es derzeit der Fall ist. Es ist erschütternd, wie die SPD in Deutschland in Sachen Agrarpolitik das grüne Fähnchen hoch hält und dann in Brüssel einem solchen Beschluss zustimmt.

Grüne Position:

Unqualifizierte Hektarzahungen sind gegen jede wissenschaftliche und praktische Vernunft. Sie sind ökologisch UND ökonomisch in höchstem Maße unsinnig. Wir fordern das Auslaufen der rein hektarbasierten Zahlungen, zugunsten von Leistungen für Umwelt, Klima und Tierschutz.

Agrarausschuss:

Sehr hohe Obergrenze für die Direktzahlungen (Kappung) mit vielen Ausnahmen und nicht einmal verpflichtend einzuführen. Ausschluss der kleinsten Betriebe vom Zugang zu GAP-Subventionen, Verweigerung einer gerechteren EU-weite Angleichung der GAP-Mittel.

Grüne Position: Wir sind für eine verbindliche Obergrenze mit einem Anrechnungsfaktor der sozialversicherungspflichtigen Arbeitskräfte. Wir fordern außerdem eine gerechte Zuweisung der Finanzmittel zwischen den Mitgliedstaaten.

Agrarausschuss: Erhöhung der Subventionierung der Absatzförderung (Finanzierung für Produkte, für die keine Hektarzahungen vorgesehen sind) vor allem für Wein aber auch andere Agrarerzeugnisse, die keine hektarbasierten Zahlungen erhalten.

Grüne Position: Viele Millionen Euro werden bereits heute zur Förderung z.B. des Weinexports ausgegeben. Dabei geht es zu einem großen Teil nicht um Subventionen für Landwirte, sondern um Maßnahmen zur Verkaufsförderung wie Werbekampagnen. Auch große Weinmarken können derzeit schon bis zu 50% ihrer Werbekosten durch die GAP decken. Nun soll hierfür noch mehr Geld ausgegeben werden. Wir Grünen wollen kein Geld in die Eroberung außereuropäischer Märkte stecken sondern in unserem europäischen Binnenmarkt den regionalen Absatz mit regionaler Verarbeitung fördern. Das fördert die Qualitätsproduktion und stärkt den ländlichen Raum. Daher fordern wir das Auslaufen der Absatzförderung.

Agrarausschuss:

Der Agrarausschuss beschließt, dass Mitgliedstaaten 5% des ohnehin engen Budgets zur Entwicklung der ländlichen Räume als Direktzahlungen umfunktionieren (= von der zweiten in die erste Säule verschieben) können. Für Polen, Ungarn, Kroatien und die Slowakei soll es darüber hinaus weiterhin möglich sein, bis zu 15% der Mittel für die ländliche Entwicklung für Direktzahlungen umzufunktionieren.

Grüne Position:

Die zweite Säule bietet aktuell die sinnvollsten Programme zur Qualifizierung von Zahlungen im Hinblick auf Umwelt, Klima und Tierschutz sowie den Schutz der Biodiversität. Sie war und ist dennoch seit Jahren unterfinanziert. Im aktuellen Haushaltsentwurf wird die zweite Säule (unter anderem wegen des Brexit) allerdings noch um weitere 28 Prozent gekürzt. Wir fordern daher ein Ende jeglichen Mitteltransfers von der zweiten in die erste Säule. Wir brauchen starke umweltgerechte Maßnahmenkataloge zur Stärkung der lokalen Akteure und zur Stärkung nachhaltiger Projekte im ländlichen Raum.

Agrarausschuss:

Mittel zur Entwicklung der ländlichen Räume (ELER) sollen noch stärker als bisher auf die Landwirtschaft zugeschnitten werden. Die Mittel sollen zur Stärkung der Digitalisierung und zugunsten der Präzisionslandwirtschaft genutzt werden oder in die Investitionsförderung (Stallbauten, Bewässerungssysteme) gesteckt werden. Wir Grüne haben verhindern können, dass sich der Agrarausschuss für eine verpflichtende finanzielle Förderung von Versicherungsleistungen ausspricht. So sind jetzt die europäischen Länder nicht gezwungen, Agrargelder für privatwirtschaftliche Versicherungsunternehmen abzustellen.

Grüne Position:

ELER-Mittel Räume müssen für die strukturelle Stärkung der ländlichen Gebiete genutzt werden. Darunter fallen LEADER-Programme und der Aufbau regional wichtiger Infrastrukturen (z.B. regionale Schlachthöfe, regionale Vermarktungsmöglichkeiten) etc. Statt Gelder für pseudo-präzise Techniken und das Risikomanagement in Versicherungsleistungen zu stecken, sollten sie eher in Beratung und Fortbildung zu klimaangepassten Anbausystemen (wie Ökolandbau) und diversifizierte Vermarktungsstrukturen investiert werden. Dies würde eine bedeutend substantziellere Risikominimierung für die Betriebe beinhalten.

Fazit zur Abstimmung der Strategiepläne:

Das Ergebnis beinhaltet eine starke Renationalisierung und Zersplitterung der Agrarpolitik in Europa bei der größtmöglichen Schwächung der Umweltstandards, der Schwächung der Maßnahme für die ländlichen Räume, getragen durch eine große Mehrheit aus Konservativen, S&D und Liberalen. Der schwache Vorschlag der Kommission wird noch weiter demontiert. Wichtige, für die Landwirtschaft flankierende Maßnahmen (LEADER; Stärkung des Vor- und nachgelagerter Bereichs), drohen ins Hintertreffen zu gelangen.

Weitere Berichte

Die beiden weiteren Berichte zur **Gemeinsamen Marktordnung** und zur **horizontalen Verordnung und Finanzierung** haben wir Grüne, nach Abwägung der positiven und negativen Punkte als Fraktion mitgetragen.

Beim **Bericht zur Gemeinsamen Marktordnung** ist insbesondere die Verbesserung der Kriseninstrumente für den Milchmarkt und darüber hinaus zu nennen. Im **Bericht zur horizontalen Verordnung** wurde unsere Forderung berücksichtigt, dass EU-Agrarförderungen keine negativen Auswirkungen mehr auf Entwicklungsländer haben dürfen.

Wie weiter?

In der kommenden Legislaturperiode kann das neu gewählte Parlament entscheiden, dass die GAP-Berichte für weitere Verhandlungen geöffnet werden. Genau für diese Öffnung des Berichtes zu den Strategieplänen wird sich die Fraktion der Greens/EFA in der kommenden Legislaturperiode mit Nachdruck einsetzen! Wir wollen klare verbindliche und ambitionierte Maßnahmen auf europäischer Ebene.

Würde das Mandat des Agrarausschusses Einzug in den neuen Gesetzestext erhalten, dann ist es offensichtlich, dass gerade solche Mitgliedstaaten unter Druck geraten, die ambitioniertere Maßnahmen zugunsten von Umwelt, Klima und Tierschutz praktizieren oder anvisieren. Ihre Landwirtschaft wäre mit der Produktion anderer Mitgliedstaaten konfrontiert, die dann weit weniger Auflagen zu erfüllen hätte.

Wir wollen, dass die Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse (Ausschuss für Entwicklungszusammenarbeit, Regionalausschuss und Umweltausschuss) Einfluss auf das Parlamentsmandat erhalten!

Bei der Abstimmung im Agrarausschuss sind die Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse völlig außen vorgelassen worden. Das zeigt, dass schon jetzt das Mandat des Agrarausschusses bei einer Plenarabstimmung mit einer Vielzahl an Änderungsanträgen zu rechnen hätte.

Dem Umweltausschuss wurde zwar „auf dem Papier“ eine besondere Position mit mehr Mitspracherechten bei seinen Stellungnahmen zum Strategieplan (1. und 2. Säule) und zu den Änderungen bei der Verordnung zu Marktordnungen zugestanden. Praktisch hatte er aber dennoch keinerlei Einfluss auf das Verhandlungsergebnis des Agrarausschusses. Wir werden uns dafür einsetzen, dass die **deutlich fortschrittlichere Stellungnahme des Umweltausschusses** in der nächsten Legislaturperiode Berücksichtigung in den schlussendlichen Verhandlungen zur GAP findet.

Folgende Kernpunkte des Umweltausschusses wollen wir berücksichtigt sehen:

Die Erzeugung von Biokraftstoffen wurde als Ziel gestrichen (Monokulturen z.B. Mais- und Raps und hoher Einsatz an Pestiziden). Der Schwerpunkt Bodenqualität wurde eingefügt. Forderung der

Reduzierung von Pestiziden und der Eindämmung des Verlusts der Artenvielfalt. Verbesserte und zusätzliche Indikatoren zur Messung der Zielerreichung. Weiterhin die Steigerung der lokalen Produktion sowie die Bindung von Tierhaltung an die Fläche. Gefordert wurde eine strengere und verbesserte Konditionalität (Ersatz für Cross Compliance Regelungen), die für alle Landwirte gilt. Darunter fallen der Schutz von Dauergrünland, eine vorgeschriebene ökologische Vorrangfläche von 7% und eine mindestens vierjährige Fruchtfolge einschließlich Leguminosen.

Weitere Infos:

[Frühere Briefings zum Kommissionsvorschlag und den laufenden Verhandlungen zur GAP.](#)
[Grundsatzstandpunkt Martin Häusling zur GAP.](#)